



FINO-Pointer 18.07.2019

# Sudan: Einigung zur Übergangsregierung unterzeichnet. Ein grosser Schritt und viele offene Fragen

Debora Ulrich (FINO)

Drei Jahrzehnte lang konnte Omar al-Bashir mit Hilfe seines Sicherheitsapparates jegliche Proteste gegen seine Politik schnell und rücksichtslos im Keim ersticken. Nur die letzte Protestbewegung, ausgelöst im Dezember 2018 durch die Finanzkrise und die damit einhergehende Explosion der Brot-, Gas- und Benzinpreise, brachte al-Bashir innert kurzer Zeit zu Fall. Aus dem Brotprotest wurde Systemkritik und die Strasse forderte nicht nur den Abgang von al-Bashir, sondern den Wechsel von einem Militärregime zu einer Zivilregierung. Unter Vermittlung der Afrikanischen Union wurde nach zähen Verhandlungen zwischen dem Interimsmilitärrat (Transitional Military Council TMC) vertreten durch Gen. Mohammed Hamdan Daglo und der Oppositionsbewegung Forces for Freedom and Change (FFC) vertreten durch den Mathematiklehrer Ahmad Rabiah ein Abkommen zur Bildung einer Übergangsregierung unterzeichnet. Diese soll aus je fünf Vertretern des Militärs und der Opposition sowie einem gemeinsam gewählten zivilen Vertreter gebildet werden. Den Vorsitz während der ersten 21 Monaten wird das Militär innehaben, bevor er dann an die Opposition übergeben werden soll.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens bedeutet nicht das Ende des Konflikts, vermag jedoch

den Raum zu schaffen, um die tieferliegenden Probleme des Landes anzugehen. Prioritär ist die Position des Militärs zu klären. Die laufenden zähen Verhandlungen zur neuen Verfassung und der Frage, in wessen Händen künftig die staatliche Exekutivgewalt liegen soll, machen deutlich: nach 30 Jahren Militärregime ist das Militär nicht oder zumindest noch nicht bereit dazu, auf Macht und Privilegien zu verzichten. Die zweite grosse Baustelle ist die Wirtschaft Sudans. Nach jahrzehntelanger Misswirtschaft, der nach dem Wegfall der Einnahmen aus den südsudanesischen Ölquellen ab 2011 auch mit Verkauf und Verpachten von Ackerland an Drittstaaten aus der Region nicht beizukommen war, ist eine Strukturreform unabdingbar. Ob diese erfolgreich umgesetzt werden kann, ohne dem Militär, dem bisherigen Nutzniesser der staatlichen Misswirtschaft, die Kontrolle zu entziehen, muss zumindest in Frage gestellt werden. Zwar wird von Spaltung oder Abspaltungen innerhalb des Militärs berichtet, doch wie stark der Wunsch nach einem Systemwechsel unter den Angehörigen des Militärs inklusive der zahlreichen paramilitärischen Einheiten wirklich ist, muss sich erst zeigen. Ein dritter wichtiger Punkt auf dem Weg zu einer

nachhaltigen Beilegung des Konflikts ist die kollektive Aufarbeitung der Vergangenheit (transitional justice) gerade für ein Land mit jahrzehntelanger Bürgerkriegserfahrung und einer mehrheitlich junge Bevölkerung, die unter einem Militärregime aufgewachsen ist. Noch sind die Konflikte in den Peripherien Darfur, Südkordofan, Blauer Nil und Ostsudan nicht vollständig beigelegt. Die Führer der lokalen bewaffneten Rebelleneinheiten sicherten zwar den Protestierenden ihre Unterstützung zu, sie sind jedoch mit dem nun unterzeichneten Abkommen nicht einverstanden, da sie sich ausgeschlossen fühlen. Letzteres weist auf eine weitere wichtige Frage hin: Bleibt im «neuen» Sudan das Spannungsfeld Zentrum-Peripherie ein Minenfeld oder können die Institutionen und Prozesse des bisher zentralistisch ausgerichteten Staatsapparates durch Aufbau und Stärkung der föderalen Strukturen die Bevölkerung in der Peripherie nicht nur mit einbeziehen, sondern ihnen auch Gestaltungs- und Lenkungs-spielräume bieten? Schon jetzt ist absehbar, dass ohne eine umfassende Staatsreform die Regionalkonflikte nicht bewältigt werden können.

Sicher hat die Protestbewegung in kurzer Zeit viel erreicht: Sie hat einen Diktator abgesetzt und bietet dem Militär mit friedlichen Mitteln und mit breiter Unterstützung von Menschen aus unterschiedlichen Milieus die Stirn. Doch die bisherigen Verhandlungen zeigen auch: Der Minimalkonsens der Opposition beschränkt sich

auf Entmachtung des Militärs und die Forderung nach Gerechtigkeit für die Opfer der Proteste und die Aufarbeitung des Völkermords in Darfur. Zu den oben erwähnten Problemfeldern haben die Gewerkschaften und Berufsverbände, welche eine treibende und konzertierende Kraft in den Protesten waren, bisher keine Aussagen gemacht.

Die politischen Bündnisse der Opposition sowie Gewerkschaften und Berufsverbände verfügen zwar weiterhin über eine beachtliche Mobilisationskraft, doch ist es ihnen noch nicht gelungen, in die gesellschaftlichen Machtzentren vorzudringen. Hier dominieren noch die von sozialmoralischen Milieus getragenen politischen Ordnungsparteien wie die eher ländliche Demokratische Unionistische Partei von Muḥammad ‘Uṭmān al-Mirḡanī oder die eher urbane Nationalpartei von Ṣādiq al-Mahdī, die zwar – wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise – die Zivilgesellschaft unterstützen, zugleich aber sehr eigene Interessen verfolgen. Wie stark die Anziehungs- und Bindungskraft dieser Netzwerke auf die junge Generation wirkt, ist schwer abzuschätzen. Doch für eine erfolgreiche Transition in eine zivile Regierung müssten diese ihre Allianzen zum Militär komplett kappen. In Anbetracht der anstehenden Herausforderungen bleibt der Ausgang offen.

[https://www.fino.unibe.ch/formate/fino\\_pointer/index\\_ger.html](https://www.fino.unibe.ch/formate/fino_pointer/index_ger.html)